



**Umweltinstitut
München e.V.**

Verein zur Erforschung und
Verminderung der Umweltbelastung

Umweltinstitut München e.V. • Landwehrstr. 64a • 80336 München

An
[Vorname] [Nachname]
Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60
B- 1047 Brussels
[Büronummer]

Landwehrstr. 64a
80336 München

Telefon: (089) 30 77 49 - 0
Telefax: (089) 30 77 49 - 20

www.umweltinstitut.org

Als gemeinnützig anerkannt
Steuer-Nr. 143/223/20222
FA München für Körperschaften
Vereinsregister: Amtsger. Mchn VR 11808

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Durchwahl (089)307749-34	E-Mail kb@umweltinstitut.org	München, den 27.1.2017
-------------	---------------	-----------------------------	---------------------------------	---------------------------

Fakten zu CETA

Sehr geehrte/r Herr/Frau Abgeordnete/r,

in Kürze werden Sie im Europäischen Parlament über das Umfassende Handels- und Wirtschaftsabkommen der EU mit Kanada (CETA) abstimmen. Die Ratifizierung von CETA findet in einer aufgeladenen Situation statt und viele Argumente sind im wahrsten Sinne des Wortes postfaktisch. Auf der einen Seite hört man, die Handlungsfähigkeit der EU hänge an dem Abkommen. Auch auf der anderen Seite finden sich Ängste, die sich kaum im Text des Abkommens selbst begründen lassen. Es ist jedoch Ihre Aufgabe, gerade diesen zu bewerten. Denn was im Abkommen steht entscheidet am Ende, wie es sich auf das Leben Ihrer Wählerinnen und Wähler auswirkt.

Mit diesem Brief schicken wir Ihnen Faktenfutter. Stets belegt mit Verweisen zum Originaltext, offiziellen Dokumenten oder Links zu seriösen Quellen beleuchten wir, wie sich CETA auf die Bereiche auswirkt, die in der Öffentlichkeit am intensivsten diskutiert werden: die Demokratie, die Landwirtschaft, den Umwelt- und Verbraucherschutz, die Interessen der Arbeiterschaft und die kommunale Daseinsfürsorge.

Die Diskussion über Auswirkungen auf die Kommunen lässt sich jedoch nicht ausschließlich aus dem Abkommen selbst erklären. Sie ist auch Ausdruck eines Misstrauens, das sogar gewählte Mitglieder von Stadt- und Gemeinderäten gegen die „große Politik“ entwickelt haben. Denn anders als noch vor zwanzig Jahren spricht heute kaum jemand positiv über die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Doch gerade die Räte in den Kommunen merken, dass unsere Regierungen trotzdem eine privatisierungsfreundliche Politik machen. Auch dafür finden Sie weiter unten Beispiele.

In der Diskussion um CETA hat die Kommission oft defensiv argumentiert. Sie behauptet: CETA bringt keine Gentechnik, keine Privatisierung, keinen Verlust von Arbeitnehmerrechten, keine Aushöhlung der Demokratie und so weiter und so fort. Es wäre aber an der Zeit für eine offensive Politik, die die Gentechnik aus den Futtertrögen verbannt, geschehene Privatisierungen rückgängig macht, die soziale Absicherung verbessert und den Einfluss der Industrielobby auf die Politik zurückdrängt. Auch die Ergebnisse einer solchen Politik würden bei den Menschen ankommen und beste Argumente für die Demokratie und die Europäische Einigung liefern. Denn am Ende ist unsere Zeit nicht so postfaktisch, wie es gerade scheint: Es zählt nach wie vor, was am Ende rauskommt.

In der Überzeugung, dass bei CETA nichts Gutes für die Menschen in Europa rauskommt, bitten wir Sie, gegen das Abkommen zu stimmen.

Mit freundlichen Grüßen,



Karl Bär
Referent für Agrar- und Handelspolitik

1. Landwirtschaft

Die Menschen in Europa wollen eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft, die die Natur nicht zerstört, Tiere gut behandelt, Bauernland in Bauernhand lässt und gesunde Lebensmittel ohne Gentechnik produziert. Doch auf den bäuerlichen Betrieben lastet großer Druck. Immer mehr geben auf und die Industrie verleiht sich die Landwirtschaft mehr und mehr ein.

CETA zerstört die bäuerliche Landwirtschaft und beschleunigt die Industrialisierung der Landwirtschaft.

Konkret bedeutet das:

CETA öffnet den Markt für Billigfleisch.

Durch CETA steigen die zollfreien Importquoten für Schweinefleisch in die EU um das 11-fache (Anhang 2-A, Absatz 15) und für Rindfleisch um das 15-fache (Anhang 2-A, Absätze 12-13). Im Durchschnitt war der Auszahlungspreis für Schweinefleisch in Kanada von 2005-2015 um 28,4% unter dem in der EU und für Rindfleisch um 16,2%.¹ Bayerische Betriebe haben so keine Chance. Es gibt zudem im Vertrag keine verbindlichen Regeln für den Tierschutz. Während sich in der EU alle sich an dieselben Regeln halten müssen, droht durch CETA ein Wettbewerb mit unterschiedlichen Standards. Die Folge dieser Politik: Es geben noch mehr Betriebe auf, nur die größten überleben.

CETA setzt auf dauerhaft niedrige Milchpreise.

Bei Milchprodukten, insbesondere Käse, sind die Preise in Europa unter denen in Kanada. Durch CETA verdoppeln sich die zollfreien Importquoten für Kanada (Anhang 2-A, Absätze 16-17). Doch für die meisten Milchviehbetriebe ist das kein Gewinn. Denn profitieren könnten sie davon nur, wenn sie dauerhaft zu einem Preis produzieren können, der unter dem Weltmarktpreis liegt. Wenn die Politik darauf setzt, zerstört sie die bäuerliche Landwirtschaft in den Grünlandregionen.

CETA stärkt die Saatgutindustrie gegen die Bauern und Bäuerinnen.

Fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland, die Getreide anbauen, nutzen dafür ihr eigenes Saatgut. Den Saatgutkonzernen ist das ein Dorn im Auge – sie wollen jedes Jahr Lizenzgebühren einnehmen. Doch dazu müssten sie den Bauern und Bäuerinnen nachweisen, dass sie lizenziertes Saatgut ausbringen. Artikel 20.36 von CETA schenkt ihnen, was Verwaltungsgerichte und der EuGH seit Jahrzehnten verwehren: Eine Umkehr der Beweislast.² In Zukunft³ müssen Bauern und Bäuerinnen beweisen, dass ihr Saatgut nicht lizenziert ist – oder bezahlen.

CETA bringt mehr Gentechnik nach Europa.

Kanada gehört zu den wichtigsten Vorkämpfern für die Gentechnik weltweit. Das Land führte 2003 bis 2009 vor WTO-Gerichten ein Verfahren gegen die EU wegen zu wenig Gentechnik-Zulassungen in Europa.⁴ Artikel 25.2, Absatz 2 nennt explizit die „Reduzierung der nachteiligen Handelsauswirkungen der Regelungspraxis im Bereich Biotechnologieerzeugnisse“ als ein Ziel von CETA. Das kann nur bedeuten, dass die EU mehr Gentech-Pflanzen zulassen soll.

1 Eigene Berechnungen aus den Preisdaten der FAO (Quelle: <http://www.agri-outlook.org/database/>) und Jahresmittelwerten des Wechselkurses EUR/CAD (Quelle: www.oanda.com)

2 <http://bit.ly/2jdkZwT>

3 Da CETA nicht unmittelbar gültig ist (Artikel 30.6), müssen die Verpflichtungen der EU aus dem Abkommen erst in europäisches Recht umgesetzt werden.

4 https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds292_e.htm

2. Vorsorge: Umwelt- und Verbraucherschutz

Als Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir uns sicher sein, dass Produkte, die wir kaufen, sicher sind. Wir wollen wissen, was drin ist und nicht als Versuchskaninchen der Industrie dienen. Wir wollen auch nicht, dass unsere Umwelt vergiftet wird. Deshalb gibt es in Europa das Vorsorgeprinzip. Doch der Industrie, die möglichst viel verkaufen und billig produzieren möchte, ist das zu restriktiv.

CETA ist ein Angriff auf das Vorsorgeprinzip und eine Gefahr für unsere Rechte als VerbraucherInnen.

Konkret bedeutet das:

CETA verhindert Transparenz.

Damit sich die Bürgerinnen und Bürger sicher sein können, dass die Behörden das Vorsorgeprinzip anwenden und z.B. Schadstoffe oder Pestizide korrekt bewerten, ist Transparenz entscheidend. Artikel 20.30 von CETA verlangt von der EU, Studien aus Zulassungsverfahren von Pestiziden für mindestens 10 Jahre geheim zu halten. Das widerspricht der aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs⁵, der die Informationsrechte der BürgerInnen stärkt.

CETA verhindert Kennzeichnung.

Gentechnik in Lebensmitteln muss in der EU gekennzeichnet werden. Doch wir erfahren bisher nicht, ob Fleisch, Milch und Eier mit genmanipulierten Futtermitteln hergestellt wurden. Die Gentechnik-Industrie kann den Investitionsschutz nutzen, um Schadensersatz zu fordern, wenn die Kennzeichnungspflicht ausgeweitet wird.⁶

CETA verhindert Klimaschutz.

Die kanadische Industrie hat ein großes Interesse daran, Öl aus Teersanden zu exportieren. Doch Teersande sind die dreckigsten Treibstoffe überhaupt und eine große Gefahr für das Klima. Schon während der Verhandlungen über CETA hat die EU-Kommission die zum Schutz des Klimas entworfene Treibstoffqualitätsrichtlinie abgeschwächt, um der kanadischen Teersand-Industrie entgegenzukommen.⁷

CETA verhindert Verbraucherschutz.

Seit Jahren diskutiert die EU über eine Beschränkung von Chemikalien, die im menschlichen Körper wie Hormone wirken. Um bei Freihandelsabkommen voranzukommen, bot die EU-Kommission Kanada und den USA an, in diesem Fall vom Vorsorgeprinzip abzuweichen.⁸

CETA garantiert kanadischen Bergbauunternehmen ihr dreckiges Geschäft.

Die Hälfte aller Bergbauunternehmen der Welt kommen aus Kanada.⁹ Sie gehören zu den großen Nutznießern von Investitionsschutzabkommen. Zur Zeit klagt z.B. das kanadische Bergbauunternehmen Gabriel Resources wegen einer nicht erteilten Genehmigung für Goldabbau im rumänischen Dorf Rosia Montana.¹⁰ Dort hätte die kanadische Firma 135kg hochgiftiges Zyanid am Tag eingesetzt und hinter einem Damm gelagert – eine ständige Gefahr für die Wasserressourcen der Region inklusive der Donau. Mit CETA bekommen diese Unternehmen Sonderklagerechte auch in Westeuropa.

5 <http://bit.ly/2k7ceZI>

6 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ttip-freihandelsabkommen-durchkreuzen-gen-politik-der-bundesregierung-a-1001211.html>

7 https://www.umweltinstitut.org/fileadmin/Mediapool/Downloads/01_Themen/03_Verbraucherschutz/Freihandelsabkommen/CETA/Council_doc_EU_Canada_FQD.pdf

8 http://www.euractiv.com/section/health-consumers/news/new-endocrine-disruptor-rules-address-your-trade-concerns-eu-tells-us-canada/?nl_ref=26767260

9 <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/topics-domaines/other-autre/csr-strat-rse.aspx?lang=eng>

10 <http://www.italaw.com/cases/4721>

3. Demokratie und Rechtsstaat

Die Idee der Demokratie stößt überall auf breite Zustimmung – die Politik in den demokratischen Staaten immer weniger. Lobbyismus, Privatisierungen, Expertokratie und die angebliche Alternativlosigkeit der herrschenden Politik führen zu postdemokratischen Zuständen. Die Gewählten können oder wollen immer weniger entscheiden und die Wählerinnen und Wähler empfinden Politik als Spektakel, das mit ihrem Leben nichts zu tun hat. Frust, Resignation und ein Aufstieg rechter Demokratiefeinde sind die Folgen.

CETA ist ein postdemokratisches Abkommen. Es stärkt die Partikularinteressen der Großindustrie und schwächt die Demokratie.

Konkret bedeutet das:

Das Abkommen wurde im Geheimen verhandelt.

Die Verhandlungsziele der EU-Kommission wurden 2008 von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten beschlossen. Selbst dieses Dokument war geheim, bis es 2015 von der Zivilgesellschaft geleakt wurde.¹¹

Parlamente dürfen nur Ja oder Nein sagen.

Sie verpflichten sich damit aber, den 2270-seitigen Vertrag vollständig in geltendes Recht umzusetzen. Die Abstimmung über CETA ist also zugleich eine Entscheidung über Datenschutz, Patente auf Medikamente, Zölle, die Durchsetzung von Saatgutlizenzen und vieles andere. So entstehen Kompromisse, die in ernsthaften öffentlichen Debatten und parlamentarischen Verfahren nie eine Chance hätten.

CETA gibt international agierenden Konzernen Sonderrechte.

Der Investitionsschutz (Kapitel 8, Abschnitt D) erlaubt InvestorInnen aus Kanada, die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf Schadensersatz zu verklagen und umgekehrt, wenn neue Regeln ihre Gewinne und damit den Wert ihrer Investitionen schmälern. Dabei handelt es sich um prozedurale Sonderrechte, weil kein einheimischer Betrieb sich darauf berufen kann und um materielle Sonderrechte, weil der Schutz vor „indirekter Enteignung“ über den Schutz vor Enteignung und Vertrauensschutz im nationalen Recht deutlich hinausgeht. Das im Kapitel 8 und in Begleiterklärungen genannte „Recht zu regulieren“ ändert daran nichts, Schadensersatzansprüche gibt es gleichwohl. Über Tochterunternehmen in Kanada könnten 42.000 US-amerikanische Unternehmen ebenfalls klagen.

CETA schafft ein Paradies für die Industrielobby.

Die Regeln zur regulatorischen Kooperation (Kapitel 25-27) sind das ideale Umfeld für LobbyistInnen. Die Beteiligung des Europäischen Parlaments, der gewählten Vertretung der Bürgerinnen und Bürger, ist nicht vorgesehen.

Eine Handelsverträglichkeitsprüfung blockiert die Gesetzgebung.

Das umfassende Abkommen stärkt das Argument, dass etwas dem Handel mit Kanada nützt oder schadet, gegenüber allen anderen Argumenten. So hat die EU-Kommission schon während der Verhandlungen die zum Schutz des Klimas entworfene Treibstoffqualitätsrichtlinie abgeschwächt, um den Export von kanadischen Teersanden nach Europa nicht zu gefährden.¹²

CETA engt den Gesetzgeber ein.

An vielen Stellen trifft CETA sehr konkrete Festlegungen, die weit über klassische Handelspolitik hinausgehen (so zum Beispiel in Kapitel 20 zu geistigen Eigentumsrechten). Möchte der Gesetzgeber in Zukunft Regeln verändern, die in CETA festgesetzt sind, muss die kanadische Bundesregierung zustimmen. Parlamente verlieren so an Handlungsspielraum und die Bürgerinnen und Bürger ein Stückchen der Möglichkeit, durch Wahlen die Politik zu verändern.

¹¹ <https://www.foodwatch.org/de/informieren/freihandelsabkommen/mehr-zum-thema/ceta-mandat/>

¹² <http://bit.ly/2joyoWe>

4. Arbeitnehmerrechte

Europa verdankt seinen wirtschaftlichen Erfolg den Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die zwischen Hammerfest und Heraklion jeden Tag ihren Job machen. Das europäische Modell einer sozialen Marktwirtschaft garantiert ihnen Mitbestimmungsrechte und soziale Sicherheit. Doch für immer mehr geht dieser Deal nicht auf. Niedrige Löhne, geringe Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und niedrige Renten machen sogar Menschen arm, die viel arbeiten.

Mit CETA kommen die Interessen der ArbeitnehmerInnen unter die Räder.

Konkret bedeutet das:

Mehr Wettbewerb ohne gemeinsame Regeln.

Durch freien Handel entsteht mehr Wettbewerb, der Unternehmen oder ganze Branchen unter Druck bringt. Dieser Druck kann produktive und kreative Prozesse in Gang bringen. Er kann aber zu einem Wettbewerb um niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten und geringe Sozialbeiträge werden. Damit Wettbewerb nicht auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen ausgetragen wird, braucht freier Handel klare Regeln gegen Lohn-, Sozial- und Steuerdumping. CETA hat diese Regeln nicht. Es gibt zwar ein Kapitel über Handel und Arbeit (Kapitel 23), das viele schöne Worte enthält. Doch der Durchsetzungsmechanismus des Kapitels (Artikel 23.9 - 23.11) sieht bei Verstößen dagegen nur Gespräche vor, keine Sanktionen. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen sind in CETA eindeutig weniger wert als die der international agierenden Konzerne und können nicht durchgesetzt werden.

Unternehmen blockieren den Fortschritt.

CETA schwächt die Demokratie und stärkt Lobbyismus und die Möglichkeiten großer Unternehmen, ihre Interessen durchzusetzen. So klagt derzeit das französische Unternehmen Veolia gegen den ägyptischen Staat um eine Kompensation für die Einführung eines Mindestlohns.¹³ Für die ArbeitnehmerInnen bessere Regeln zu erkämpfen wird so immer schwieriger und einmal gemachte Schritte in die falsche Richtung werden zementiert.

CETA vernichtet Arbeitsplätze.

Ökonomische Prognosen gehen im günstigsten Fall von einem leichten Zuwachs der Beschäftigung um weniger als 0,02% im Laufe von 10 Jahren aus. Weniger positive Studien sprechen von einem Verlust von über 200.000 Arbeitsplätzen in der EU, davon ca. 20.000 in Deutschland. Das sind jeweils die Summen der Arbeitsplätze, die in besonders wettbewerbsfähigen Sektoren entstehen und denen, die zu Gunsten kanadischer Konkurrenten wegfallen. Doch nicht jeder, der heute Würste macht, kann morgen Bauleistungen exportieren. Die Prognosen gehen daher von einem Anstieg der Dauerarbeitslosigkeit aus, der höher ist als die akute Veränderung der Arbeitslosigkeit.¹⁴

Umverteilung von unten nach oben.

Durch CETA verändert sich die funktionelle Einkommensverteilung in der EU leicht. Ökonomische Prognosen sagen voraus, dass der relative Anteil der KapitalbesitzerInnen um 0,66% zunimmt.¹⁵ Der Anteil der arbeitenden Bevölkerung am Reichtum, der produziert wird, nimmt entsprechend ab.

13 Der Fall wird vor einem Schiedsgericht aus drei Anwälten in Washington verhandelt. Was öffentlich ist, gibt es bei der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung;

14 Die Zahlen und Prognosen stammen aus einem Beschluss des Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments aus dem Dezember 2016: <http://bit.ly/2krDbrC>

15 ibidem

5. Kommunale Themen

Die Städte und Gemeinden stellen den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Dienste zur Verfügung. Kommunalunternehmen oder kommunale Eigenbetriebe liefern Wasser, Strom, Wärme, Mobilität und High-Speed-Internetanschlüsse. Sie entsorgen den Müll, betreiben Krankenhäuser, Volkshochschulen und Pflegeheime. Sie liefern Schulen Essen und pflegen Straßen, Parks und Sportanlagen. Bei alledem sind sie demokratisch kontrolliert und dem Gemeinwohl verpflichtet. Kommunen, die in den letzten fünfundzwanzig Jahren Teile ihrer öffentlichen Dienstleistungen privatisiert haben, haben zum Großteil schlechte Erfahrungen gemacht. Immer mehr machen diesen Schritt rückgängig, wenn es möglich ist.

Doch die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission halten nach wie vor an dem Dogma fest, dass private, profitorientierte Unternehmen grundsätzlich besser sind. Aktuelle Änderungen im Umsatzsteuergesetz, die kommunale Eigenbetriebe für die Kommunen teurer machen¹⁶ und die Privatisierung von Teilen der Entsorgung von Papier, Pappe, Karton und Metallen durch das neue Wertstoffgesetz¹⁷ sind zwei aktuelle Beispiele. Die EU-Kommission musste 2013 sogar durch eine Europäische Bürgerinitiative gezwungen werden, die Wasserversorgung in die Konzessionsrichtlinie aufzunehmen und damit ausschreibungspflichtig zu machen.¹⁸ Während für die Bürgerinnen und Bürger klar ist, dass solche Dienstleistungen in kommunale Hand gehören, legen Bundesregierung und EU-Kommission den Kommunen Steine in den Weg und drängen auf Privatisierung. Sie haben bei CETA kein Vertrauen verdient.

CETA schränkt den Handlungsspielraum von Kommunen ein und unterstützt die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Konkret bedeutet das:

Das Investitionsschutzkapitel gilt auch für Kommunen.

Die EU-Kommission musste auf Nachfrage aus dem Europaparlament selbst schon vorsichtig zugeben, dass es Fälle geben kann, in denen Kommunen vor Investitionsschiedsgerichte gezogen werden.¹⁹ Aus der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA gibt es dafür erschreckende Beispiele. So wurde die mexikanische Gemeinde Guadalcázar auf 16,7 Million Dollar Schadensersatz verurteilt, weil sie eine Sondermülldeponie nicht genehmigte, um das Grundwasser zu schützen.²⁰

CETA erweitert und verfestigt Ausschreibungspflichten.

CETA öffnet den Markt für öffentliche Ausschreibungen für kanadische Unternehmen. Durch die Festlegung der Schwellen für internationale Ausschreibungen in den Anhängen zu Kapitel 19 wird es schwieriger, sie wieder zu senken²¹, da dafür nach Artikel 19.18 eine Kompensation an Kanada gezahlt werden müsste. Artikel 19.9 (1) verbietet Qualitätsanforderungen in Ausschreibungen, deren Wirkung den Handel beschränken würde, Artikel 19.4 (5) verbietet Bedingungen, die die lokale Entwicklung fördern sollen und Artikel 19.14 (5) verpflichtet Beschaffungsstellen, das günstigste Angebot zu wählen. Für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt gibt es in Artikel 19.9 (6) eine beschränkte Ausnahme, für soziale Belange fehlt das.

16 Die Änderungen gehen auf die europäische Mehrwertsteuerrichtlinie zurück. Unter anderem werden damit Leistungen, die juristische Personen des öffentlichen Rechts untereinander erbringen, umsatzsteuerpflichtig, wenn sie auch von privaten Firmen erbracht werden können. Das kann der Todesstoß z.B. für viele Leistungen der kommunalen Bauhöfe sein.

17 Was das neue Wertstoffgesetz konkret für einen bayerischen Landkreis bedeutet: <http://bit.ly/2ks6PsF>

18 <http://www.right2water.eu/de>

19 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2016-000698&language=DE>

20 Siehe: <http://investmentpolicyhub.unctad.org/ISDS/Details/17>

21 Diese Schwellen entsprechen den einseitigen Verpflichtungen, die die EU im WTO-Übereinkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen eingegangen ist, von denen die Union aber einseitig zurücktreten kann.

CETA liberalisiert alle Dienstleistungen, die nicht ausgenommen sind.

Während andere Handelsabkommen nur explizit genannte Wirtschaftsbereiche einbeziehen, unterwirft CETA alles seinen Regeln, das nicht ausgenommen ist. Zwar haben sowohl die EU als auch die Bundesrepublik Ausnahmen eingereicht, doch deren Formulierung reicht nicht aus, um die Interessen der Kommunen zu schützen.²² Zudem fallen Dienstleistungen, die es jetzt noch nicht gibt, automatisch unter das Abkommen.

CETA verhindert die Rücknahme von Privatisierungen.

Artikel 8.4 (1) verbietet explizit auch der lokalen Ebene, die Anzahl von Unternehmen, die eine Wirtschaftstätigkeit ausüben, mit „Monopolen, Anbietern mit ausschließlichen Rechten oder des Erfordernisses einer wirtschaftlichen Bedürfnisprüfung“ zu beschränken. Damit muss alles für privaten Wettbewerb geöffnet werden, das nicht in Anhang II explizit geschützt ist. Die Ausnahmen für öffentliche sowie soziale Dienstleistungen in Anhang II reichen nicht aus, um die Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung umfassend zu schützen.²³

22 In einem Gutachten im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg beschreibt Prof. Martin Nettesheim nicht nur diese Probleme, sondern auch Formulierungen, mit denen umfassende Ausnahmen möglich wären: <http://bit.ly/22q3GtH>

23 ibidem